**Die ewigen Uniformänderungen**

sind in der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags vielfach erörtert worden. Gibt aber der offiziöse Bericht diese Verhandlungen zutreffend wieder, so haben die letzteren kein getreues Abbild der Wirklichkeit geboten. Denn die Kommissionsberatung ließ nicht erkennen, welche große Verstimmung in den Offizierskorps und in den ihm nahestehenden Kreisen wegen der unablässigen, kostspieligen Uniformänderungen herrscht. Auch scheint der Kriegsminister nicht darauf hingewiesen worden zu sein, daß die mit den Uniformänderungen usw. verknüpfte Verteuerung der Offizierslaufbahn vielebrauchbare Elemente abhält, die militärische Laufbahn einzuschlagen. Gerade weil der Kriegsminister über Mangel an Nachwuchs für das Offizierskorps klagt, gerade weil die geforderte Erhöhung der Oberleutnantsgehälter damit begründet wurde, daß ein neuer Anreiz zur Ergreifung des militärischen Berufs gegeben werden müsse, gerade deshalb war auf die Folgen der Verteuerung der Offizierslaufbahn durch die Uniformänderungen hingewiesen.

**Zum Besuche des Königs der Belgier in Berlin.**

Die wichtigste Folge des Besuches des Königs Leopold in Berlin dürfte, wie versichert wird, wohl doch die Anbahnung eines gegenseitigen Verständnisses und dauernder Fühlung zwischen den beiden Fürsten sein. Wann und ob ein Gegenbesuch des Kaisers in Belgien erfolgt, steht bisher nicht im mindesten fest. Natürlich drehte sich die Aussprache der Monarchen mehr um große, allgemeine, als um spezielle Fragen. So sind zum Beispiel alle Nachrichten irrig, welche behaupten, daß über das Kongogebiet und über Moresnet bereits eine Einigung erzielt sei. Die Verhandlungen über Moresnet werden in Brüssel geführt. Was sie verzögert, ist die Furcht der klerikalen belgischen Regierung bei den zu Pfingsten stattfindenden Wahlen, falls sie Zugeständnisse macht, in der an Moresnet angrenzenden Provinz Lüttich Mandate zu verlieren. Es kann, nach einer Brüsseler Meldung der „Frkf. Ztg.", bestimmt versichert werden, daß die allgemeinen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Kongostaat durch die Königsreise eine Besserung erfahren haben. An einer englischen Aktion gegen den Kongostaat würde Deutschland keinesfalls teilnehmen. Für die Zukunft bleibt abzuwarten, ob der Kongostaat durch seine Handels- und Karawanenpolitik beweisen wird, daß er auf gute Fühlung mit Deutschland Gewicht legt. Obgleich der Tod des Herzogs von Anhalt eine Einschränkung der vorgesehenen Hoffestlichkeiten zur Folge hatte, ist der Besuch König Leopolds doch zu beiderseitiger Befriedigung verlaufen. — Da Deutschlands sachmännisches Personal durch die vielen schwebenden Handelsvertragsverhandlungen sehr in Anspruch genommen ist, so wurde der Beginn der mündlichen Verhandlungen in Brüssel um einige Wochen hinausgeschoben. Belgiens Vertreter hierbei wird sein Berliner Gesandter, Baron Greindl, sein, der demnächst in Brüssel erwartet wird. Der Name des deutschen Unterhändlers ist noch unbekannt.

# Deutsches Reich.

* Leipzig, 4. Februar.

* **Dem Leipziger Krankenkassentage** macht die „Soziale Praxis" zum Vorwurfe, daß den von ihm gefaßten Beschlüssen greifbare Vorschläge fehlten, die auf einen bestimmten Weg zur Einleitung von Verhandlungen mit den Aerzten verwiesen. Namentlich sei es zu bedauern, daß in der Resolution mit keinem Worte der Einsetzung von Schiedsgerichten zwischen Aerzten und Kassen gedacht sei. Es sei charakteristisch für die Stimmung des Kongresses gewesen, daß ein dahingehender Antrag, der nach dem Muster der württembergischen Kassen die Einsetzung gemischter Kommissionen zur Beilegung von Streitigkeiten anregte, überhaupt nicht unterstützt worden sei. Gerade diese Schiedsgerichte, die eine gegenseitige Aussprache ermöglichten, stellten nach der Erfahrung bei den gewerblichen Streitigkeiten die wirksamsten Institutionen zum Ausgleiche von Gegensätzen dar. In dem Konflikt zwischen Krankenkassen und Aerzten würden sich Schiedsgerichte umsomehr bewähren, als es sich weniger um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten als darum handele, einen richtigen Maßstab für das zu finden, was die Aerzte als Entgelt ihrer Leistungen fordern und die Kassen auf Grund ihrer Leistungsfähigkeit bewilligen zu können glauben. Es müsse einleuchten, daß ohne eine gegenseitige Aussprache ein solcher Maßstab schwer zu finden sein werde. „Weshalb will man, fragt schließlich die „Soz. Praxis", künstlich die Schwierigkeiten verschärfen, wenn alle Aussicht gegeben ist, sie auf diesem Wege zu beseitigen?" — In Köln ist bekanntlich der Konflikt zwischen den Aerzten und den Krankenkassen durch das Eingreifen der Regierung zu gunsten der Aerzte beendet worden. „Die Kassen werden damit", meint die „Soz. Praxis", „schwer belastet, und der Sieg der Aerzte beweist nur aufs neue die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände." — Eine Begründung dieses Standpunktes wird von der „Soz. Praxis" nicht gegeben; er erscheint um so weniger haltbar, als dem Regierungspräsidenten vorbehalten ist, das Honorar der Aerzte herabzusetzen, sobald die getroffene Entscheidung sich als finanziell schädigend für die Kassen herausstellen sollte.

* Berlin, 4. Februar.

* **Ketzer Schippel.** Die neueste Kundgebung, welche der „orthodoxe" Parteitheoretiker Kautsky im „Vorwärts" gegen den ketzerischen „Genossen" Schippel erläßt, verrät unverkennbar, daß der unglückliche sozialdemokratische Agrarier vor das Inquisitionstribunal der „Genossen" geschleppt werden soll. Nach Kautskys Meinung handelt es sich bei Schippel nicht bloß um eine Entgleisung, sondern um systematisch entwickelte und propagierte Anschauungen.

„Es wäre ein schlimmes Zeichen", ruft Kautsky aus, „für die innere Gesundheit unserer Partei, sollte sie um des lieben Friedens, d. h. um der Bequemlichkeit willen, zur Mode werden lassen, daß man Einzelnen unserer Abgeordneten Doppelzüngigkeit und Verrat vorwerfen darf, ohne daß ein Hahn darnach kräht. Wir dürfen erwarten, daß sie in einem solchen Falle stets Ankläger und Angeklagte zur Rechenschaft zieht."

Kein Zweifel also: Ketzer Schippel soll sich vor dem Tribunal verantworten — so will es der Großinquisitor der „Genossen", der allein rechtgläubige Interpret des Parteiprogramms, Kautsky. Dem Einwande Schippels, daß Kautsky über die agrarischen Ketzereien Schippels jahrelang geschwiegen habe, begegnet Kautsky mit dem Nachweise seiner Kritik an den Schippelschen „Grundzügen der Handelspolitik". Aber „Genosse" Schippel hat schon auf dem Stuttgarter Parteitage der Sozialdemokratie, also anfang Oktober 1898, in der Hauptsache die Anschauungen vertreten, die Kautsky jetzt so lebhaft bekämpft. Mithin hat Schippel bei seinem Einwande insofern recht, als die Hüter der sozialdemokratischen Rechtgläubigkeit mit Kautsky an der Spitze jahrelang, nämlich bis zum Erscheinen der Schippelschen „Grundzüge der Handelspolitik", dem agrarischen „Genossen" Schonzeit bewilligt haben. Dieser Umstand entschuldigt freilich nicht den hämischen Versuch Schippels, jetzt seine agrarischen Ketzereien auf ein „Mißverständnis" des Versammlungs-Berichterstatters Reinke zurückzuführen. Erklärt aber dürften Schippels Flucht hinter ein vermeintliches Mißverständnis durch die Besorgnis sein, daß gegenwärtig jenes „peinliche" Verfahren gegen ihn unvermeidbar sein würde, vor dem er im Jahre 1898 verschont blieb. Er fürchtet, daß die Parole ausgegeben wird: Der Mann muß hinaus!

* **Die Historie von der „junkerlichen Clique".** Wie „Genosse" Schippel, sucht der konservative Führer Graf Limburg-Stirum eine den Konservativen höchst unangenehme Aeußerung des Bundesvorsitzenden Herrn v. Wangenheim auf dem schlesischen Paradefeld der Bündler auf „nicht ganz richtige" Wiedergabe der Worte Wangenheims zurückzuführen. Herr von Wangenheim sprach damals von einer „junkerlichen Clique". Der auf der Versammlung anwesende Graf Limburg-Stirum, obwohl auch er sein Programm entwickelte, schwieg sich über diese verletzende Aeußerung Wangenheims aus. Aber in konservativen Kreisen entrüstete man sich mit Recht darüber. Eine erwartete Richtigstellung von seiten Wangenheims blieb aus. Nun nimmt für die beleidigten Konservativen Graf Limburg-Stirum das Wort und erklärt in einer Zuschrift an die „Schles. Ztg.", die damals von der konservativen Partei Anwesenden hätten die Aeußerung Wangenheims als nicht verletzend empfunden! Es fehlt nur noch, daß Graf Limburg jetzt Herrn von Wangenheim um Entschuldigung bittet — — — dann ist das Wort Wangenheims von der „junkerlichen Clique" gänzlich für die Konservativen aus der Welt geschafft.

* **Der jüdische Oberlandesgerichtsrat.** Die Ernennung des preußischen Landgerichtsrat Dr. Sommer zum Oberlandesgerichtsrat hat einige Leute ganz aus dem Häuschen gebracht, allerdings aus verschiedenen Ursachen. „Einen Juden, einen leibhaftigen, ungetauften Juden, hat der Justizminister zum Oberlandesgerichtsrat ernannt", schreibt die „Voss. Ztg." höchst befriedigt. Die „Deutsche Tagesztg." bemerkt zu diesem „Freudenergusse" des freisinnigen Blattes:

„Wir sind und bleiben der Ueberzeugung, daß nur christliche deutsche Männer berufen sein sollen, in einem deutschen christlichen Staate Recht zu sprechen. Wenn aber dieser Grundsatz nicht durchgeführt worden ist, so erscheint uns ein jüdischer Richter als Kollegialrichter immer noch erträglicher wie als Einzelrichter."

Die „Kreuz-Ztg." meint, der Justizminister werde sich überzeugt haben, daß gerade der Landgerichtsrat Dr. Sommer aus Frankfurt a. M. sich vorzüglich zum Oberlandesgerichtsrat in Kassel eigne, und ihn deshalb befördert haben; dann aber fährt sie fort:

„Im allgemeinen aber ist bekanntlich der preußische Justizminister Dr. Schönstedt der Meinung, daß eine zu starke Berücksichtigung der Juden bei der Uebertragung von Aemtern im Justizdienste nicht unbedenklich sei, einfach aus dem Grunde, weil sie im Volke nicht immer die erforderliche Autorität besitzen."

In anderen Blättern wird hervorgehoben, daß Dr. Sommer vom Gymnasium in Kassel her ein Jugendfreund Kaiser Wilhelms und von diesem mehrfach ausgezeichnet worden sei.

* **Zum Kapitel der Soldatenmißhandlungen** bemerken die „Hamburger Nachrichten":

„Wie unsere Zeit in bezug auf die soziale Entwickelung für das gesamte Volksleben gefährlich ist, so auch insbesondere für die Armee. Die Partei des Umsturzes unternimmt es, ihre Disziplin zu lockern, ihr Ansehen im Bürgertum herabzusetzen. Sie weiß wohl, was sie damit bezweckt. Ihr Ziel ist die Zersetzung des Heeres als des festesten Bollwerks der bestehenden Ordnung. Dieser Agitation aber bieten die Soldatenmißhandlungen immer neue Nahrung. Darum ist es nicht nur eine Anforderung der Billigkeit, sondern auch der politischen Klugheit, den Kampf gegen dieselben mit voller Energie aufzunehmen. Aussichtslos ist derselbe nicht. Dies beweist die Mehrzahl der Truppenteile, bei denen Soldatenmißhandlungen nicht üblich sind. Es kommt nur auf die Anwendung wirksamer Mittel an."

* **Der Kaiser** nahm gestern abend, wie vorher angekündigt, an dem Diner des Reichstagspräsidenten Graf Ballestrem in dem neuen Reichstagspräsidialgebäude teil. Der Einladung waren u. a. noch gefolgt: die beiden Vizepräsidenten des Reichstags, Reichskanzler Graf Bülow, die Staatssekretäre Graf v. Posadowsky, v. Tirpitz, Dr. Nieberding, Frhr. v. Richthofen, Krätke, Frhr. v. Stengel, Kriegsminister v. Einem und zahlreiche Abgeordnete. Der Kaiser führte die Gräfin v. Ballestrem zu Tisch. — Die Kaiserin empfing am 2. d. M. nachmittags in Audienz die Gemahlin des österreichisch-ungarischen Botschafters Frau v. Szögyeny-Marich, die Gemahlin des brasilianischen Gesandten Madame da Costa-Motta und die Gemahlin des badischen Gesandten Frau Gräfin v. Berckheim.

— Zu den Kosten der Errichtung eines dritten Pavillons der Deutschen Heilstätte für minderbemittelte Lungenkranke in Davos hat der Kaiser ein Geschenk von 10 000 M gespendet. Die Deutsche Heilstätte in Davos ist im Jahre 1901 ins Leben gerufen worden. Sie beherbergt zur Zeit über 100 reichsdeutsche minderbemittelte Kranke, die vornehmlich den gebildeten Ständen angehören.

— Der Reichstagsabgeordnete v. Damm (Braunschweig), bisher bei keiner Fraktion, ist der „Wirtschaftlichen Vereinigung" beigetreten.

— Der Verband fortschrittlicher Frauenvereine hat an den Reichstag das Ersuchen gerichtet: den Zugang zu den höheren Stellen des Postdienstes durch Freigabe der Sekretärprüfung für weibliche Postbeamte unter den gleichen Bedingungen wie für männliche eröffnen zu wollen. In der Begründung wird betont, daß in der Schweiz, in England, in den skandinavischen Staaten weibliche Postbeamte mit bestem Erfolge amtieren.

* **Bremen,** 4. Februar. Die Bürgerschaft lehnte den Antrag betreffend Einschränkung des Bremischen Wahlrechts durch Einführung des Zensus, 5jährige Verjährung eines Mindesteinkommens von 1200 M, einstimmig ab.

* **Weimar,** 3. Februar. Der Landtag nahm in seiner ersten Sitzung die Wahl des Präsidiums vor. Als Präsident wurde Frhr. v. Rotenhan auf Neuenhof (Bund der Landwirte) wiedergewählt. An Stelle des ausgeschiedenen ersten Vizepräsidenten, Rechtsanwalt Schkommann-Jena, der ebenfalls dem Bund der Landwirte angehörte, wurde der bisherige zweite Vizepräsident, Kommerzienrat Müller-Apolda (natl.), gewählt. Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten machte sich eine Stichwahl erforderlich. Im zweiten Wahlgang wurde Kolbe (natl.) mit 17 Stimmen gewählt.

⊙ **Straßburg i. Els.,** 3. Februar. Im Landesausschuß brachte Unterstaatssekretär v. Schraut den Etat für das Jahr 1904 ein. Wie in den letzten Jahren ist eine Bilanzierungsanleihe von 2 900 000 M nötig, wovon vermutlich ein Teil durch größere Einnahmen gedeckt wird. Der Ausfall der Steuern gegen den Voranschlag sei durch andere Einnahmen gedeckt. Die wichtigste Position des Etats sei die Gehaltsaufbesserung der Elementarlehrer, 920 000 M, die auf den Staat, die Bezirke und Gemeinden verteilt sind. Redner bezeichnete das Finanzverhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten als sehr unbefriedigend und wies auf die gefährliche Strömung hin, ungedeckte Matrikularbeiträge zu einer ständigen Einrichtung zu machen und die Reichsausgaben auf die Einzelstaaten abzuwälzen; dringend erwünscht sei, daß die dankenswerten Bestrebungen der Reichsregierung auf Beseitigung der Ueberweisungen Erfolg hätten. — Aus dem Hause wurden Anträge auf Gleichstellung des Reichslandes mit den Bundesstaaten und auf Reform des Vereinsrechtes gestellt.

* **In Bayern** ist die bedingte Begnadigung im Jahre 1900 in 605, 1901 in 817, 1902 in 1293 und 1903 in 1989 Fällen ausgesprochen worden, wie das Justizministerium in einer statistischen Uebersicht bekannt gibt. Endgültig erlassen wurde die Strafe in den vorgenannten Jahren 466 bezw. 451, 481 und 783 Personen. Die hohen Ziffern des Jahres 1903 haben ihren Grund nicht etwa in der Zunahme von Vergehen, sondern darin, daß bis zum vorigen Jahre nur der Staatsanwaltschaft der Antrag auf bedingte Begnadigung zukam, dies jetzt aber auch den Gerichten selbst eingeräumt ist.

# Ausland.

## Oesterreich-Ungarn.

**Die Kohnaffäre.** Wien, 3. Februar. Die „Neue Freie Presse" erfährt aus Rom, das Verfahren gegen den Olmützer Erzbischof Kohn sei gestern abgeschlossen und habe nicht ergeben, was als Ursache seiner Abberufung gelten könnte. Kohn werde heute vor Rücktritt in seine Diözese vom Papst in Abschiedsaudienz empfangen.

**Meuterei.** Pest, 3. Februar. In Preßburg verweigerten zahlreiche Husaren, die im dritten Jahre dienen, den Gehorsam, veranstalteten Straßendemonstrationen und widersetzten sich der Wache; in dem Kampfe wurden zwei Soldaten schwer, mehrere leicht verwundet. (B. T.)

## Italien.

**Auswanderungswesen.** Rom, 3. Februar. Deputiertenkammer. Der Unterstaatssekretär des Aeußern Fusinato erklärt auf eine Anfrage, die Regierung werde in nächster Zeit einen Gesetzentwurf einbringen, der bestimme, daß den italienischen Gesandtschaften und Konsulaten im Auslande Attachés für das Auswanderungswesen beigegeben würden.

## Großbritannien.

**England und Persien.** London, 3. Februar. Unterhaus. Auf eine Anfrage bezüglich eines mit dem Besuche des Vizekönigs von Indien in Abuschehr in Zusammenhang stehenden Zwischenfalles erklärte Unterstaatssekretär des Auswärtigen Percy, daß die ursprünglich zwischen der persischen Regierung und dem britischen Gesandten in Teheran vereinbarte Form des Zeremoniells in gewissen Einzelheiten vor der Ankunft des Vizekönigs in Abuschehr von der persischen Regierung abgeändert worden sei. Der vom Schah zum Ausdruck gebrachte Wunsch, dem Vizekönig jedwede Höflichkeit und Gastfreundschaft zu erweisen, sei unglücklicherweise durch die in Abuschehr selbst getroffenen Maßnahmen vereitelt worden. Die britische Regierung bedauere mit der persischen Regierung den verdrießlichen Vorfall, der jetzt erledigt sei und über den Aktenstücke vorzulegen unnötig und nicht wünschenswert sei. Darauf wandte sich die Unterhaldebatte den irischen Angelegenheiten zu.

## Orient.

**Balkanwirren.** London, 3. Februar. Das heute ausgegebene Blaubuch enthält auch den in der makedonischen Frage zwischen dem 7. September und 28. Dezember erfolgten Schriftwechsel. Aus den Depeschen ergibt sich, daß Großbritannien namentlich während des letzten Teiles dieser Periode ständig seinen Botschafter gedrängt hat, bei der Pforte und bei seinen Kollegen vom diplomatischen Korps dahin zu wirken, daß der Reformplan gefördert werde. Ein Telegramm Lansdownes an O'Conor vom 24. Dezember erinnert daran, daß zu Beginn des November Großbritannien den Wunsch ausgesprochen habe, sobald als möglich englische Offiziere zur Teilnahme an dem Reorganisationswerk abzuordnen und daß am 25. November Lansdowne angeraten habe, die Botschafter in Konstantinopel möchten zu einem Ausschuß zusammentreten und einen Plan über das weitere Vorgehen entwerfen. Am 4. Dezember hätten Oesterreich-Ungarn und Rußland dann ihre Ansichten über das weitere Vorgehen kundgegeben und vorgeschlagen, man solle zunächst auf der Ernennung eines fremden Generals bestehen und jede Macht solle einen Offizier zu seinem Bestande abordnen. Seitdem habe die englische Regierung sich wiederholt danach erkundigt, wie es denn mit der Ernennung stehe, von der sowiel abhänge, aber keine befriedigende Antwort erhalten. England könne diesen Hinausschieben nur mit großer Sorge zusehen, da die Aufständischen ihre Absichten nicht verheimlichten, im Frühjahr ihre Operationen wieder aufzunehmen. Der Minister müsse den Botschaften daher dringend ersuchen, die türkischen Minister nochmals auf die unglücklichen Folgen aufmerksam zu machen, die eine weitere Verzögerung nach sich ziehen müsse.

**Serbische Ministerkrise.** Belgrad, 3. Februar. Der radikale Klub beschloß heute, alles aufzubieten, um den Mitgliedern des Kabinetts das Verbleiben in ihren Aemtern zu ermöglichen. Die Lösung der Krisis dürfte erst in einigen Tagen erfolgen, Ministerpräsident Gruitsch ist zur Unterbreitung eines weiteren Budgetprovisoriums von einem Monat bis Ende Februar ermächtigt worden.

## Afrika.

**Arbeiterfrage.** Pretoria, 3. Februar. Der gesetzgebende Rat hat heute endgültig den Gesetzentwurf betr. Einführung von Arbeitern angenommen.

## Amerika.

**Revolution in Uruguay.** Buenos Aires, 3. Februar. Gerüchtweise verlautet, der Präsident von Uruguay, Battle y Ordoñez, würde Montevideo verlassen und sich auf einen mittags in Montevideo eingetroffenen argentinischen Kreuzer zurückziehen.

---

Schmuck in dieser Höhe an eine Dame vom Theater, wie er sagt, ein ganz junges Ding, verschenkt hat. Also, qui vivra — verra! Das war vor neun Jahren. Kennen Sie Wien, meine Beste?" wandte sich plötzlich und unvermittelt Grete an Wally, welche unter den forschenden Blicken der intriganten Frau nicht mit einer Wimper zuckte.

„Ich? Nein! Ich war niemals in Wien, aber der Schmuck interessiert mich. Was ist mit ihm geschehen?" fragte Wally mit aller Seelenruhe dagegen.

„Mein Mann behauptet, daß damals der Graf in Wien ein Verhältnis mit einer sehr schönen Schauspielerin, namens Merlin oder Werlin, gehabt habe. Ist der Name dieser Dame Ihnen vielleicht am Theater bekannt geworden? —" Wally schüttelte unwillig verneinend den Kopf.

„Nicht! Nun, dieser Dame soll der Graf den Schmuck verehrt haben."

„Das alles will Ihr Mann nach zehn Jahren noch beweisen wollen?" Scharf kam es über die Lippen der empörten Frau; Grete nickte, wobei ein süffisantes Lächeln über ihr Antlitz huschte.

„Der Prozeß wird ja immer aufregender", seufzte die Justizrätin.

„Offen gestanden, mich interessiert bei der ganzen Sache auch nur das Pikante und Nervenaufregende."

„Die Morphiumspritze besorgt das letztere besser", fiel Wally höhnisch ein.

„Ich ziehe aufregende Prozesse und nervenkitzelnde Schauspiele vor", meinte die intrigante Frau maliziös. „Im übrigen kann mir die ganze Sache höchst gleichgültig sein. Es handelt sich nur um einige Schauspielerinnen."

„Nur!? . . ." wiederholte Wally empört.

„Pardon, meine Verehrteste . .", fiel Frau Grete mit unschuldsvoller Miene ein. „Ich vergaß . . . daß . . ."

„Bitte, sprechen Sie nur aus, Frau Doktor. Sie vergaßen, daß ich einmal Schauspielerin und Ihnen also Freiwild war", sprach Frau Wally nervös und aufgeregt, aber dennoch würdevoll und stolz.

„Sie waren es doch nur kurze Zeit, liebste Frau Doktor", sagte die Justizrätin und faßte Wally beschwichtigend beim Arm.

„Ich wäre es geblieben, wenn sich mein Talent mit meiner Begeisterung hätte messen können", entgegnete Wally und zwang sich zu einem Lächeln.

„Das müssen Sie mir einmal erzählen", meinte Frau Mohr begütigend. „Ja, ja, ich kann es mir denken. Das ist ein gefährlicher Beruf."

„Ein viel verleumdeter Beruf, das ist das Richtige", meinte der Baron, „nicht wahr, gnädige Frau?"

„Leider, Herr Baron", entgegnete Wally.

„Jedenfalls ist der Beruf interessant und aufregend", leitete da Frau Grete wieder ein. „Wenn ich günstige Gelegenheit gehabt hätte, ich glaube, ich wäre auch Schauspielerin geworden. Der nom de guerre ist schnell gewählt, und ich nehme an, ich hätte ihm Ehre gemacht. Das Talent dazu ist da!"

„Unbestreitbar, Frau Doktor", schnarrte der Baron.

„Ich danke für das Kompliment, Baron. Aber wozu auf die Bühne gehen, wenn das Leben selbst eine große Komödie ist, in der die glänzendsten Theatereffekte sich häufen, eine Komödie, in der gefällt, der sich am besten Seele und Antlitz schminken kann", sagte Frau Grete höhnisch überlegen. „Wir alle spielen Komödie, alle ohne Ausnahme!"

„Aber das sind ja entheiligende Ansichten!" rief die Justizrätin entsetzt aus.

„Und trotzdem hat Frau Dr. Römer recht", warf der Baron ein und klemmte das Monocle herausfordernd ins linke Auge. „Das Leben ist eine tolle Komödie und die Welt ein Narrenhaus."

„Ein Narrenhaus. Nein, nein, Herr Baron", wehrte die alte Dame mit beiden Händen, „damit bin ich nicht einverstanden. Die Welt ist ein großes Gotteshaus, aber kein Narrenhaus. Das will ich mir doch in meinen alten Tagen nicht antun!"

„Ja, ja, es ist wahr, und die Komödie hienieden hat erst dann ihr Ende für den einzelnen", bekräftigte auch Frau Wally mit einem Blick nach oben, „wenn der große Souffleur da droben das Buch zuklappt."

„Ist das eine verkehrte Welt!" seufzte die Justizrätin in komischem Entsetzen auf. „Schöne, junge, glückliche Frauen weltschmerzeln, und ich alte Frau bin allein lebenslustig."

„Oh, Frau Justizrätin", widersprach Frau Grete mit einem koketten Blick auf den Baron lebhaft, „auch wir sind lebenslustig. Wenn wir das auch noch so blasiert und gelangweilt sagen, wir sind es."

Sie erhob sich und trat vor den großen Wandspiegel, in dem sie sich naiv und kokett betrachtete.

„Wie sagt doch der Orientale, Frau Doktor?" fragte die Justizrätin mißbilligend und nicht ohne einige Schärfe im Ton.

„Nun?" machte Frau Grete in ihrer schmippigsten Weise.

„Er hat ein charakteristisches Sprichwort."

„Und das heißt, beste Frau Rätin?" fragte der Baron interessiert.

„Der ganz Dumme lobt sein Weib; der ganz Kluge lobt seinen Hund", antwortete die Justizrätin, mit dem Finger warnend drohend.

„Verstehe ich nicht", sagte Frau Grete schnippisch und ließ ihren Handschuh fallen. Der Baron sprang von seinem Stuhl auf und ergriff den Handschuh, den er ihr mit einer Verbeugung überreichte.

„Ich habe Sie heute erwartet, mon cher!" flüsterte sie ihm zu.

„Bedaure sehr. Dringende Abhaltung", antwortete der Baron ebenso leise.

„Sie sind ein Ungeheuer, Baron!" Frau Grete blickte wieder in den Spiegel.

„Die Kleinen sind im Kinderzimmer?" fragte die Justizrätin leise Wally. Diese nickte.

Die Justizrätin ergriff eines der von dem Baron gebrachten Pakete.

„Kommen Sie! Ich verteile den Kleinen den Inhalt. In meinem Namen. Ja, ja! Das sei seine Strafe."

„Aber!" wehrte Frau Wally.

„Doch, doch! Kommen Sie, daß er nichts merkt."

Die Justizrätin und Wally schlichen auf den Fußspitzen zu dem Zimmer hinaus.

„Ja, ja, Sie sind ein Ungeheuer", flüsterte Frau Grete dem Baron verführerisch zu, „aber ich schaue Ihnen in die Seele."

„Brr", machte der Baron und schüttelte sich. „Mich erfaßt ein magisches Entsetzen, schönste Frau!"

Frau Grete wandte sich vom Spiegel und bemerkte zu ihrer Genugtuung, daß sie mit dem Baron allein im Zimmer war.

„Ah, man hat uns allein gelassen", rief sie überrascht aus, dann sagte sie kokett zu ihm: „Sie verstellen sich oder Sie beherrschen sich auffallend, Baron. Ist das zwischen uns so unbedingt nötig? Wir modernen Frauen entschuldigen die Wahrheit, besonders wenn sie unserer Schönheit schmeichelt, recht gern. Beichten Sie also, Baron, ich werde gnädig sein!" Sie ließ sich auf einen Divan nieder.

„Meine Beichte ist sehr gefährlich, schönste Frau; ich warne Sie." Er nahm an ihrer Seite Platz.

„Gefährlich!" lachte Frau Grete kokett auf. „Das ist doch reizend! Und wer weiß, ob das Unbequeme, die Gefahr, das" — sie machte hier eine kleine Pause — „das Verbotene nur den Mann allein reizt."

„Der Sprung ins Dunkle ist immer gewagt."

„Wenn er uns recht bequem gemacht wird, wagen auch wir ihn! Also beichten Sie, mein Lieber. Weshalb ließen Sie sich drei volle Tage nicht mehr bei mir sehen? Fürchten Sie sich gar vor mir?"

„Ich konnte wirklich nicht kommen, schönste Frau!"

„Wirklich nicht. Und ich fühlte mich schon zurückgesetzt. Dafür sind Sie aber morgen mein Gast."

Er küßte ihr die Hand.

„Ich werde pünktlich sein."

Der Baron erhob sich; ihm war das vertrauliche Tête-à-tête peinlich; außerdem konnten sie jeden Augenblick überrascht werden. Wie er sich so prüfend im Zimmer umsah, bemerkte er, daß ihm eines jener Pakete fehlte: „Herr Gott, meine Düte!" rief er aus und blickte suchend unter den Tisch.

„Ich dachte, eine Tarantel hätte Sie gestochen!" lachte Frau Grete lustig auf.

„Aber mir so den Spaß zu verderben", grollte er, suchend umherblickend. „Die harmlose Rache der guten Justizrätin. Sie hat mir die Düte ausgeführt."

„Welche Düte?" fragte Grete lachend.

„Die Düte mit den Bonbons und Spielsachen, die ich Wallys Kindern mitgebracht habe."

Frau Grete fuhr auf. Das war deutlich. Der Baron liebte Wally!

„Nun, der Verlust ist leicht zu ertragen, aber ich sehe", sagte sie malitiös und anzüglich. „Wieder einmal heißt es: „Kleine Ursachen — große Wirkungen."

Mit lachendem Munde stieß sie diese Worte hervor, innerlich aber schäumte sie vor Wut und Rachedurst. . . .

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.